

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder

Sont absents

Biel, Blocher, Bürer-Walenstadt, Cavadini, Couchepin, Dupont, Egly-Genève, Eisenring, Fehr, Frei-Romanshorn, Graf, Hösli, Künzi, Loretan, Maitre-Genève, Mascarin, Petitpierre, Pfund, Reich, Risi-Schwyz, Robert, Spälti, Zbinden, Ziegler (24)

Präsident Koller Arnold stimmt nicht

Monsieur Koller Arnold, président, ne vote pas

M. **Riesen-Fribourg**: Le déroulement de ce vote à l'appel nominal vous a prouvé, de façon claire et nette, à quel point l'introduction du vote électronique serait nécessaire dans ce conseil. Je vous invite à revenir à la charge à la prochaine occasion.

84.379

Motion Rüttimann

Geschäftsreglement des Nationalrates

Règlement du Conseil national.

Vote à l'appel nominal

Wortlaut der Motion vom 20. März 1984

Das Büro des Nationalrates wird eingeladen, dem Rat eine Änderung des Artikels 77 GRN in dem Sinne vorzuschlagen, dass der Namensaufruf künftig mit der Mehrheit des Rates in offener Abstimmung beschlossen werden kann.

Texte de la motion du 20 mars 1984

Le Bureau du Conseil national est invité à présenter à cette Chambre une modification de l'article 77 de son règlement permettant de décider à main levée et, à la majorité des voix, qu'un vote aura lieu à l'appel nominal.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Namensaufruf kann gemäss geltendem Artikel 77 GRN von 30 Ratsmitgliedern schriftlich verlangt werden. Von diesem Recht wurde bisher recht vernünftig Gebrauch gemacht, d. h. nur bei grundsätzlichen und entscheidenden Sachabstimmungen. Negative Auswirkungen wie Apostrophierung oder Klassierung von Ratsmitgliedern aufgrund ihrer Stimmabgabe hielten sich in Grenzen.

Nachdem nun aber – offenbar aus parteipolitischen Profilierungsgründen – die Begehren auf Namensaufruf sich in auffälliger Weise häufen, stellt sich die Frage der Effizienz der Ratsverhandlungen, kurz des unnötigen Zeitverschleisses. Ein Beschluss auf Namensaufruf sollte daher breiter abgestützt sein als durch ein einfaches Sammeln von 30 Unterschriften in einer einzigen Parteistube. Alle Regierungsparteien sind nämlich dazu mehr oder weniger selbständig in der Lage. Mit der anvisierten Änderung des Artikels 77 würde ein Beschluss auf Namensaufruf mehr von der sachpolitischen als von der parteipolitischen Motivation her gefasst.

Schriftliche Stellungnahme des Büros

Rapport écrit du Bureau

Die vom Motionär verlangte Änderung würde ein Abweichen von einer jahrelangen Praxis bedeuten. Bereits das Reglement von 1848 enthielt die Bestimmung, wonach mindestens 20 Mitglieder des Rates eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangen können. Es scheint, dass damit ein Recht der Minderheiten geschaffen wurde, auf das nicht ohne weiteres verzichtet werden sollte.

Eine Umfrage unter den Fraktionen hat ergeben, dass die Motion vor allem mit Rücksicht auf dieses Minderheitenrecht mehrheitlich abgelehnt wird. Obwohl die namentlichen Abstimmungen viel Zeit beanspruchen, muss bei der Abwägung zwischen Zeitgewinn und Minderheitenschutz zugunsten des letzteren entschieden werden.

Die Abstimmung unter Namensaufruf stellt zudem ein geeignetes Mittel zur Vergrößerung der Transparenz dar. Dieses sollte nicht durch erhöhte Anforderungen erschwert bzw. praktisch ganz verunmöglicht werden.

Antrag des Büros

Das Büro beantragt dem Rat, die Motion abzulehnen.

Proposition du Bureau

Le Bureau propose au conseil de rejeter la motion.

Rüttimann: Die soeben erfolgte Abstimmung hat zweifellos einen Zusammenhang mit meinem Geschäft – oder umgekehrt. Sie können nun daraus die Folge ziehen, dass der Namensaufruf selbstverständlich beibehalten werden muss, wenn die elektronische Abstimmung vorläufig nicht eingeführt wird. Es geht mir auch nicht um die Abschaffung des Namensaufrufes; wie das Büro herausgefunden hat, war das bereits seit 1848 ein Instrument, um die Transparenz zu fördern.

Ich gehe mit dem Büro jedoch nicht einig, dass das ein Minderheitenproblem ist. Vielleicht war es damals der gute Glaube, man könne damit die Minderheiten begünstigen. Die Erfahrung zeigt aber, dass die weitaus meisten Begehren auf Namensaufrufe in den letzten zwei oder drei Jahren von grossen Fraktionen eingegeben wurden und nicht von Minderheiten. Das ist gerade das Problem.

Ich finde, es werde der Sache nicht gerecht, wenn eine grosse Fraktion im letzten Moment schnell die Unterschriften zusammenträgt und einen Namensaufruf verlangt. Dies sollte breiter abgestützt sein.

Ich sähe eine Möglichkeit darin, die Unterschriftensammlung beizubehalten, sie beispielsweise aber zu verdoppeln. Ich habe vorgeschlagen, dass der Namensaufruf mit offener Abstimmung zu beschliessen sei, damit alle Fraktionen an dieser Meinungsbildung teilnehmen können. Das war die Absicht meines Vorstosses im Sinne einer Straffung unserer Verhandlungen. Ich habe ausgerechnet, dass wir allein in dieser Session – den heutigen Tag nicht einmal dazugerechnet – etwa anderthalb Stunden aufgewendet haben für die Namensaufrufe. Wir hätten diese Zeit für etwas Nützlicheres verwenden können.

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Reichling, Berichterstatter: Ich muss Ihnen im Auftrag des Büros beantragen, den Vorstoss von Kollege Rüttimann abzulehnen. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass man nicht aus momentaner Verärgerung gleich Reglemente und Gesetze ändern sollte, die sich doch in der Regel über Jahrzehnte hinweg bewähren müssen, damit eine gewisse Praxiskonstanz in unserem Ratsbetrieb erreicht wird. Die Begründung von Kollega Rüttimann ist ganz eindeutig. Er will mit Abstimmungen das Mittel des Namensaufrufes einschränken, wenn nicht gar unterdrücken. Hier ist das Büro ganz eindeutig der Auffassung, dass wir dieses Recht, ob es nun von grossen Fraktionen oder von Gruppierungen angewandt wird, nicht mit einer Form der Repression einschränken sollten.

Ich möchte nochmals wiederholen: Jeder von uns ist selbst für seine eigene Disziplin verantwortlich. Das haben Sie auch beim soeben durchgeführten Namensaufruf gesehen. Wenn es Pannen gibt, liegen die Fehler nicht nur etwa beim Sekretär, die Fehler liegen auch bei uns Parlamentariern, nämlich, durch das Verhalten, das wir an den Tag legen. Das Büro ist der Auffassung, dass wir durchaus in der Lage sind, mit dem heutigen Reglement unsere Verhandlungen vernünftig durchzuführen. Wenn einzelne Gruppierungen oder wenn gar einzelne Fraktionen aus der Ratsdisziplin ausscheiden wollen, indem sie die Freiheiten und Rechte des Regle-

mentes missbräuchlich, trölerisch anwenden, dann glaube ich, werden sie sich nach kurzer Zeit durch dieses Verhalten selbst qualifizieren, und die Öffentlichkeit wird davon Kenntnis nehmen. Sie haben übrigens selbst feststellen können, dass es immer wieder Anhäufungen von Namensaufrufen gibt und diese wieder abflauen. Namensaufrufe werden uninteressant, wenn auch die Gegenseite dieses Mittel anwendet.

Wir beantragen Ihnen, am bisherigen Modus festzuhalten.

Ott: Ich habe mir mit meinem Sitznachbarn zusammen die Mühe genommen, den zeitlichen Aufwand der letzten namentlichen Abstimmungen mit der Stoppuhr zu messen. Wenn im Saal Ruhe herrscht, braucht es im Durchschnitt neun Minuten. Es gibt manches unnötig lange Votum in diesem Saal, das die Verhandlungen bedeutend mehr verlängert als dieses Instrument des Namensaufrufes. Der von einer Minderheit verlangte, in nur seltenen, wichtigen Fällen angewendete Namensaufruf erhöht die Transparenz im Rat und in der Öffentlichkeit sehr.

Übrigens zeigt ein Vergleich mit anderen parlamentarischen Systemen, dass auch diese einen – zum Teil sogar stärkeren – Schutz der Minderheiten im fraglichen Bereich kennen. Im österreichischen Nationalrat hat es 183 Abgeordnete, weniger als bei uns, und 25 Abgeordnete können einen Namensaufruf verlangen. Im Deutschen Bundestag, der mit 496 Abgeordneten mehr als doppelt so gross wie unser Parlament ist, genügen bereits 26 Unterschriften, um die namentliche Abstimmung zu verlangen.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich Sie sehr bitten, den Antrag von Herrn Rüttimann abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für die Überweisung der Motion	40 Stimmen
Dagegen	104 Stimmen

84.506

Postulat Deneys Parlamentarische Gruppen. Finanzen Clubs parlementaires. Publication des comptes

Wortlaut des Postulates vom 19. September 1984

Das Büro des Nationalrates wird gebeten, jedes Jahr die genaue Jahresrechnung der parlamentarischen Gruppen zu veröffentlichen, die namentlich über deren Finanzquellen Auskunft gibt.

Texte du postulat du 19 septembre 1984

Le Bureau du Conseil national est invité à faire publier chaque année les comptes précis des groupements et clubs parlementaires. On devra en particulier y voir apparaître toutes leurs sources de financement.

Schriftliche Stellungnahme des Büros

Rapport écrit du Bureau

Depuis la révision de la loi sur les rapports entre les conseils du 23 mars 1984, les groupements de parlementaires (clubs) sont consacrés dans la loi. L'article 8^{septies} dispose: «Les groupements de membres de l'un ou l'autre conseil qui se constituent en fonction de leurs intérêts ou points de vue peuvent bénéficier, dans la mesure du possible, de facilités administratives et de salles de séance pour leurs activités s'ils sont ouverts à tous les parlementaires en tout temps. Ils doivent annoncer au secrétariat général qu'ils se sont constitués comme tels, communiquer les noms de leur président, de leur secrétaire, la liste de leurs membres, et les dates de

leurs réunions. La liste des membres est publique.» Si un groupement renonce aux facilités administratives, il n'est dès lors pas tenu de fournir les renseignements mentionnés. La liberté de constituer des groupements a été délibérément sauvegardée. L'article 8^{septies} ne traite pas des finances de ces groupements. Il serait, par conséquent difficile, sans modification de la loi, d'exiger de connaître les sources de financement pour autant que cela soit nécessaire. Une telle exigence serait bien davantage de nature à inciter des groupements à renoncer à des avantages avec pour effet qu'une disposition légale ou réglementaire resterait lettre morte. En raison d'un défaut de base légale, il ne peut être donné suite à la requête qui, de surcroît, aurait dû être présentée sous forme d'une motion.

Antrag des Büros – Proposition du Bureau

Le Bureau propose de rejeter le postulat.

Mme Deneys: Dans la vie quotidienne, j'appartiens à un certain nombre de sociétés, d'associations ou de groupements divers. Je verse des cotisations ou des contributions, ce qui me donne le droit d'être renseignée sur les comptes et le financement de leurs activités. Au Parlement, on n'a guère – semble-t-il – envie d'en savoir autant, pas plus d'ailleurs qu'on ne tient à savoir qui vote quoi. Cela renforce l'idée qu'ici tout s'achète: la parole et le silence, le savoir et l'ignorance, ou la volonté d'ignorer. Je voudrais inviter les groupements et clubs parlementaires qui n'ont rien à cacher à leurs membres d'indiquer brièvement, lors d'une prochaine invitation à une séance, ce que coûte leur fonctionnement et qui le paie. Selon le résultat, je me réserve de revenir sur ce problème et je retire mon postulat.

Präsident: Mme Deneys zieht ihr Postulat zurück.

84.496

Motion Allenspach Sammelstiftungen und Sicherheitsfonds Fondations collectives et fonds de garantie

Wortlaut der Motion vom 18. September 1984

Der Bundesrat wird beauftragt festzulegen, dass Versicherte einer Sammelstiftung bezüglich der Deckung des Insolvenzrisikos nicht stärker belastet werden als Versicherte einer betriebseigenen Stiftung, oder eine Ergänzung von Artikel 49 BVG zu unterbreiten, die den Bundesrat ermächtigt, bei Vorsorgeeinrichtungen, denen mehrere Arbeitgeber angeschlossen sind, zu bestimmen, welche Vorschriften des Gesetzes für das Personal jedes einzelnen Arbeitgebers getrennt anzuwenden sind.

Texte de la motion du 18 septembre 1984

Le Conseil fédéral est chargé de disposer que les assurés auprès d'une fondation collective ne seront pas grevés plus lourdement, en ce qui concerne la couverture des risques d'insolvabilité, que les assurés affiliés à une fondation d'entreprise, ou de présenter un projet de complément à l'article 49 de la loi sur la prévoyance professionnelle (LPP RS 831.40) conférant au gouvernement central la compétence de décider des dispositions de la LPP applicables séparément au personnel de chaque entreprise lorsque plusieurs d'entre elles sont affiliées à une seule et même institution de prévoyance (fondation collective).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Ammann-Bern, Aregger, Auer, Basler, Bonnard, Bremi, Cevey, Cincera, Coutau, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingen, Flubacher,

Motion Rüttimann Geschäftsreglement des Nationalrates

Motion Rüttimann Règlement du Conseil national. Vote à l'appel nominal

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.379
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.12.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1914-1915
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 989